



newsletter
**Aktuelles aus dem
Tiroler Landtag**





Juli-

Landtag:



64 Anträge

23 Dringlichkeits-Anträge

69 Schriftliche Anfragen

63 Tagesordnungspunkte

49 Anfragebeantwortungen



Aktuelle Stunde

zum Thema „Bergauf für Österreich: Tirols Bundesländervorsitz als Beitrag für starke Regionen“ (VP Tirol)



Mündliche Anfrage

- ...an LH Mattle betreffend sechs Monate LH-Konferenz Vorsitz – Was hat sich für die BürgerInnen verbessert? (NEOS)
- ...an LH Mattle betreffend Spitzenpositionen im öffentlichen Bereich – besser & schneller mit dem ÖVP-Parteibuch? (Dornauer)
- ...an LH Mattle betreffend Poststellenoffensive und Grundversorgungsplan für Tirol. (VP Tirol)





Übersicht

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde | „Bergauf für Österreich: Tirols Bundesländervorsitz als Beitrag für starke Regionen“. (VP Tirol)

Regierungsmitglieder & Abgeordnete

Landtagspräsident | Jakob Wolf neuer Präsident des Tiroler Landtages

KO Sebastian Kolland | Neue Führung des VP-Tirol Landtagsklub

LA Florian Klotz | Angelobung als Abgeordneter

LRⁱⁿ Cornelia Hagele | Mehr Flexibilität für Schulen

LA Katrin Brugger | Tourismus ist Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor

LTVP Dominik Mainusch | Tiroler Gemeindeinvestitionsfonds

LA Christoph Appler | Dienstzeitreform Tiroler Polizei

LA Florian Riedl | Fahrradmitnahme in Bus & Bahn vereinfachen



**Aktuelle Stunde** | „Bergauf für Österreich“

Tirols Bundesländervorsitz als Beitrag für starke Regionen

In der „Aktuellen Stunde“ zu Beginn des zweiten Sitzungstages stand auf Vorschlag des VP-Tirol Landtagsklubs das Thema „Bergauf für Österreich: Tirols Bundesländervorsitz als Beitrag für starke Regionen“ im Mittelpunkt der Debatte. Dabei diskutierten die Abgeordneten die Bedeutung des Tiroler Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz, die erreichten Umsetzungen sowie die Rolle bei der Stärkung der regionalen Interessen auf Bundesebene. **Tirols Landeshauptmann Anton Mattl** ging dabei auf wesentliche Punkte ein, die unter seiner Vorsitzführung angestoßen wurden und in weiterer Folge zur weiteren Bearbeitung und Umsetzung im Sinne einer lebendigen Demokratie mit auf den Weg gebracht werden.

Zum Abschluss des Tiroler Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz wurde im Zuge der Diskussion die wichtige Rolle des Bundesrates als Stimme der Regionen und Bundesländer hervorgehoben. Er sorgt dafür, dass Länderinteressen in der Gesetzgebung berücksichtigt werden und stärkt damit die demokratische Balance in Österreich.

Während des Tiroler Vorsitzes konnten zahlreiche Initiativen und Beschlüsse auf den Weg gebracht werden. Dazu zählen der Ausbau des Postnetzes mit zusätzlichen Postpartnern und Selbstbedienungsstationen, die Sicherung der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds trotz Senkung der Lohnnebenkosten sowie die Freigabe von EU-Mitteln für die Bundesländer. Zudem wurde ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Bezirksgerichte als wichtige Einrichtungen für die Regionen abgegeben.



„DER TIROLER VORSITZ HAT VIELE VORBEREITUNGEN,
VIELE DINGE AUF DEN WEG GEBRACHT, AUCH IM
ZUSAMMENHANG MIT DER REFORMPARTNERSCHAFT VON
DENEN ES JETZT DRAUF ANKOMMT, DASS SIE ZUM
ABSCHLUSS GEBRACHT WERDEN!“





Weitere Schwerpunkte waren die Stärkung des Ehrenamts, die Förderung von Gemeindekooperationen, Maßnahmen für leistbares Wohnen, die Reduktion von Bürokratie und „Gold Plating“ bei EU-Vorgaben sowie die direkte Weitergabe von EU-Regionalförderungen an die Regionen.

Im Rahmen der Reformpartnerschaft von Bund, Ländern, Gemeinden und Städten konnten 13 konkrete Reformen vereinbart werden. Dazu gehören einheitliche Regelungen im Jugend- und Glücksspielbereich, zusätzliche Kompetenzen der Länder beim sozialen Wohnbau, bei Spekulationsverboten und beim Katastrophenschutz sowie steuerliche Erleichterungen für Gemeindekooperationen. Im Gesundheitsbereich wurde der Erhalt der Krankenhäuser abgesichert, während im Bildungsbereich wichtige Reformen und eine stärkere Finanzierung durch den Bund vereinbart wurden. Auch im Energiebereich wurden Zuständigkeiten vereinfacht und Einsparungen ermöglicht.

Landeshauptmann Anton Mattle unterstrich die Besonderheit, wenn man der Landeshauptleute-Konferenz, aber auch der Länderkammer vorstehen darf. *„Den Vorsitz in einer Landeshauptleute-Konferenz führen, das ist schon etwas ganz Besonderes. Nicht nur für den jeweiligen Landeshauptmann, nicht nur für den jeweiligen Bundesratspräsidenten, sondern auch für das entsprechende Bundesland“*, so LH Anton Mattle in der Aktuellen Stunde.

Der Tiroler Vorsitz zeigte damit die starke Zusammenarbeit der Bundesländer über Parteigrenzen hinweg und setzte wichtige Impulse für Reformen, die nun unter dem Vorsitz Vorarlbergs weitergeführt werden.





LA Jakob Wolf | Neuer Präsident des Tiroler Landtages

Vom Stürmer zum Schiedsrichter - der langjährige VP-Klubobmann folgt Sonja Ledl-Rossmann nach

Der Tiroler Landtag hat einen neuen Präsidenten – der bisherige Klubobmann der Tiroler Volkspartei **LA Jakob Wolf** wurde mit 32 von 36 gültigen Stimmen an die Spitze des Landesparlaments gewählt. Der erfahrene Abgeordnete folgt auf die bisherige Präsidentin **Sonja Ledl-Rossmann**, die ihr Mandat im Zuge des Juli-Landtages zurückgelegt hatte. Seine StellvertreterInnen bleiben Dominik Mainusch (Tiroler Volkspartei) und Elisabeth Blanik (SPÖ).

„Wir leben in einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und globaler Umbrüche. Zudem erwartet sich die Tiroler Bevölkerung, in vielen Bereichen zu Recht, notwendige Reformen – von der Gesundheit hin bis zur Bildung. Viele Entscheidungen haben sich von den Menschen entfernt. Vieles wirkt zu komplex, wird nicht mehr verstanden oder auch weniger akzeptiert. Vieles funktioniert nicht mehr so, wie es über viele Jahre erfolgreich funktioniert hat“, so der neugewählte Präsident des Tiroler Landtages in seiner Antrittsrede.



„ICH HABE DIE FESTE ABSICHT, DAS MIR ÜBERTRAGENE AMT
UNAUFGEREGT, OBJEKTIV, UNPARTEIISCH, UNABHÄNGIG,
ENGAGIERT UND BÜRGERNAH AUSZÜBEN.
ALS PRÄSIDENT WERDE ICH DARAUFGAHTEN, DASS BEIM
STREITEN IN DER SACHE DER STIL EINGEHALTEN WIRD UND
ICH SAG'S AUCH GANZ DEUTLICH,
DIE GRENZE IST FÜR MICH DER ANSTAND!“





„Wir als politisch Verantwortliche, wo immer wir stehen, auf Regierungs- oder Oppositionsseite, müssen angesichts dieses gesellschaftlichen Auftrags mehr denn je für Tirol arbeiten. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe in diesem Haus, auf die großen Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam in einem Miteinander mutige und neue Lösungen zu finden. Dieses Miteinander ist eine alte Tiroler Tugend und war und ist neben dem Fleiß der Menschen Grundlage für den Erfolg unseres Landes.

Daher wird es auch meine Aufgabe als Landtagspräsident sein, immer wieder zu diesem Miteinander im Landtag aufzurufen und daran zu erinnern, wenn es notwendig ist, damit wir dieses so notwendige Gemeinsame in zentralen Fragen Tirols niemals verlieren“, appelliert **Landtagspräsident Jakob Wolf** die verbleibenden 15 Monate bis zur Landtagswahl für eine konstruktive Zusammenarbeit und keinen vorgezogenen Dauerwahlkampf zu nützen.

Unmittelbar nach seiner Wahl übernahm der neue Präsident die Leitung der Landtagssitzung – eine zentrale Aufgabe von vielen weiteren: Als Vorsitzender sorgt er für die Einhaltung der Geschäftsordnung und achtet darauf, dass die Beratungen fair und geordnet ablaufen. Der Präsident weist Schriftstücke und Verhandlungsgegenstände den zuständigen Ausschüssen zu, leitet selbst den Notstands- sowie den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss und sitzt dem Obleuterat vor. Außerdem vertritt er den Landtag nach außen, übernimmt repräsentative Aufgaben und ist für die Verwaltung des Landesparlaments verantwortlich.





KO Sebastian Kolland | Neuer Klubobmann der Tiroler Volkspartei

Ein neuer Kapitän führt das Team des VP-Landtagsklub

Nachdem der bisherige VP-Klubobmann Jakob Wolf zum Landtagspräsidenten gewählt wurde, übergab dieser sein Amt als Klubobmann in jüngere Hände. Der politisch erfahrene Unterländer Abgeordnete **Sebastian Kolland** folgt ihm als neuer **Klubobmann der Tiroler Volkspartei** nach und wurde einstimmig in seine neue Funktion gewählt.

Mit Sebastian Kolland führt ein dynamischer Abgeordneter nun die VP-Landtagsmannschaft an. Der ehemalige Pressesprecher und Landesgeschäftsführer der Tiroler Volkspartei ist ein versierter Kenner der politischen Landschaft, politischer Strategie mit langjähriger politischer Erfahrung als Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker. Als ehemaliges Mitglied des Bundesrates, als Vizebürgermeister in seiner Heimatgemeinde Ebbs und als Abgeordneter zum Tiroler Landtag bringt er ein fundiertes Wissen auf allen Ebenen der Politik mit ein.

„ALS KLUBOBMANN VERSTEHE ICH MICH ALS BRÜCKENBAUER ZWISCHEN REGIERUNG, LANDTAG UND DEN POLITISCHEN PARTEIEN. AUF BASIS DER STARKEN WERTE DER TIROLER VOLKSPARTEI MÖCHTE ICH DAZU BEITRAGEN, TIROL ERFOLGREICH IN DIE ZUKUNFT ZU FÜHREN UND GLEICHZEITIG STABILITÄT UND VERLÄSSLICHKEIT ZU GEWÄHRLEISTEN!“



„Ich darf mich beim Landtagsklub der Tiroler Volkspartei herzlich für das Vertrauen bedanken. Als Klubobmann verstehe ich mich als Bindeglied zwischen Regierung und Abgeordneten, als verlässlicher Partner für unseren Koalitionspartner und als Gesprächskanal mit allen im Tiroler Landtag vertretenen Parteien. Die Tiroler Volkspartei ist eine Partei mit einem starken Wertefundament. Diese Werte sind besonders wichtig, wenn wie in der jetzigen Zeit, wesentliche Veränderungen auf uns warten. Ich möchte meinen Beitrag leisten, damit Tirol fit für die Zukunft und verlässlich in der Gegenwart bleibt“, freut sich **Sebastian Kolland** auf seine neue Aufgabe. Als stellvertretender Klubobmann fungiert weiterhin LA Dominik Traxl.





LA Florian Klotz | Neuer Abgeordneter für das Außerfern

Der VP-Landesgeschäftsführer übernimmt das Mandat von Sonja Ledl-Rossmann

Mit dem Ausscheiden von Landtagspräsidentin a. D. Sonja Ledl-Rossmann aus dem Tiroler Landtag wurde ihr Mandat neu besetzt. Ihr folgt **VP-Landesgeschäftsführer Florian Klotz** als Abgeordneter nach. Als engagierter Vertreter seiner Heimatregion wird er die Interessen des Außerferns auch künftig mit Nachdruck im Tiroler Landtag einbringen und die Region weiterhin als starke Stimme vertreten.



„MEIN ANSPRUCH ALS ABGEORDNETER:
ZUHÖREN, ANPACKEN UND MIT VOLLER
KRAFT FÜR UNSERE HEIMAT ARBEITEN –
FÜR DAS AUSSERFERN, FÜR TIROL, FÜR EIN
GUTES MITEINANDER!“

Der Lechtaler ist seit 2020 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Holzgau (dieses Amt hat er mit 01. Juli übergeben), war Vizepräsident des Tiroler Gemeindeverbandes und ist seit 2024 Landesgeschäftsführer der Tiroler Volkspartei. Künftig wird er die Anliegen des Außerferns, der 37 Gemeinden des Bezirkes und der Menschen aus der Region im Tiroler Landtag vertreten.





LRⁱⁿ Cornelia Hagele | Mehr Flexibilität für Schulen

Land setzt Neuerungen bei Sommerschule und Deutschförderung um

Mit einer einstimmig beschlossenen Novelle des Tiroler Schulorganisationsgesetzes und des Tiroler Berufsschulorganisationsgesetzes schafft das Land Tirol mehr Flexibilität für Schulen und stärkt die gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die Änderungen setzen bundesgesetzliche Vorgaben um und erleichtern insbesondere die Organisation der Deutschförderung sowie der verpflichtenden Sommerschule.

Künftig können Schulen im Rahmen eines schulautonomen Deutschförderkonzepts Deutschförderklassen und Deutschförderkurse auch dann einrichten, wenn die bisher geltenden Mindestschülerzahlen nicht erreicht werden. Dadurch erhalten Schülerinnen und Schüler mit Sprachförderbedarf unabhängig von der Größe ihres Schulstandorts noch gezieltere Unterstützung. Gleichzeitig wird die Organisation der verpflichtenden Sommerschule vereinfacht: Die bisher erforderliche Zustimmung der Bildungsdirektion entfällt, die Standorte werden künftig per Verordnung festgelegt.

„SPRACHE IST DER SCHLÜSSEL FÜR BILDUNG,
INTEGRATION UND CHANCENGLEICHHEIT.
MIT DIESER NOVELLE GEBEN WIR UNSEREN
SCHULEN MEHR HANDLUNGSSPIELRAUM!“



„Sprache ist der Schlüssel für Bildung, Integration und Chancengleichheit. Mit dieser Novelle geben wir unseren Schulen mehr Handlungsspielraum, damit Kinder genau jene Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Gerade kleinere Schulstandorte profitieren davon, weil Fördermaßnahmen künftig noch bedarfsgerechter umgesetzt werden können“, betont Landesrätin Cornelia Hagele.



newsletter

Aktuelles aus dem Tiroler Landtag

**tiroler
volkspartei**
Landtagsklub



Auch die Organisation der verpflichtenden Sommerschule wird deutlich vereinfacht. „*Unsere Schulen brauchen praktikable Lösungen statt unnötiger Bürokratie. Mit den neuen Regelungen stärken wir die Eigenverantwortung der Standorte und schaffen gleichzeitig verlässliche Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Das ermöglicht eine zielgerichtete Planung und entlastet die Schulen im organisatorischen Bereich*“, so Hagele.

Die Kosten für die zusätzlich eingesetzten Lehrkräfte werden weiterhin vom Bund getragen. Für die Gemeinden entstehen lediglich geringe Mehrkosten im Bereich der Schulerhaltung, da die Sommerschule nur an ausgewählten Standorten mit entsprechend geringer Auslastung durchgeführt wird.





LA Katrin Brugger | Tourismus ist Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor Mehr Bürokratie schwächt Wirtschaft und Beschäftigung

VP-Tourismussprecherin Katrin Brugger weist die Vorwürfe der Liste Fritz an der Tourismusabgabe-Reform entschieden zurück. Der Tourismus sei Wirtschafts- sowie Beschäftigungsmotor und die Tourismusabgabe kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für jene Leistungen der Tourismusverbände, die Gästen und Einheimischen gleichermaßen zugutekommen. *„Die Mittel fließen direkt in Wander- und Radwege, Loipen, Mobilität, Veranstaltungen, Informationseinrichtungen und die Vermarktung unserer Regionen. Das stärkt nicht nur den Tourismus, sondern auch die Lebensqualität vor Ort. Es ist zu einfach, bestehende Systeme schlechtzureden, ohne tragfähige Alternativen aufzuzeigen. Verantwortung bedeutet auch, die Finanzierung unserer touristischen Infrastruktur langfristig abzusichern“*, so Brugger.

„Der Tiroler Tourismus ist ein Erfolgsmodell, das tausende Arbeitsplätze sichert und unser Land europaweit zum Vorbild macht. Die von der Liste Fritz kritisierte Novelle des Tourismusgesetzes macht das System transparenter und effizienter. Die neue Systematik wurde gemeinsam mit den Sozialpartnern erarbeitet, beendet langwierige bürokratische Einzelfallprüfungen und schafft stattdessen klare, nachvollziehbare Kategorien. Wirtschaft und Beschäftigung sind – auch dank des Tourismus– in Tirol deutlich stärker als im Rest von Österreich. Den Liste Fritz Wunsch, dieses Wachstum durch Bürokratie zu dämpfen, lehnen wir ab“, so Brugger weiter.



„DER TIROLER TOURISMUS IST EIN
ERFOLGSMODELL - ER SICHERT
WERTSCHÖPFUNG, ARBEITSPLÄTZE UND
LEBENSQUALITÄT IN UNSEREN REGIONEN!“

Beim Thema Bettenentwicklung spricht sich Brugger für eine differenzierte Betrachtung aus: *„Wir bekennen uns zu einer qualitäts- und maßvollen Entwicklung des Tiroler Tourismus – Klasse statt Masse ist kein Schlagwort, sondern gelebte Praxis in Tirols Tourismusverbänden. Eine reine Bettenzahl ohne Rücksicht auf regionale Entwicklungen und Unterschiede würde gerade jenen Betrieben schaden, die in Qualität und Mitarbeiter investieren wollen.“*





Auch den Vorwurf mangelnder Kontrolle weist Brugger zurück. *„Zu behaupten, die Tourismusverbände würden ohne ausreichende Kontrolle arbeiten, wird den gesetzlichen Vorgaben nicht gerecht. Tourismusverbände unterliegen klaren Regelungen, werden durch ihre Organe kontrolliert und stehen unter der Aufsicht des Landes. Selbstverständlich gilt dabei, dass öffentliche Mittel sparsam, zweckmäßig und transparent eingesetzt werden. Wo Verbesserungen sinnvoll sind, werden wir diese sachlich diskutieren. Die Andeutung, es gäbe keine Kontrolle, entspricht jedoch nicht den Tatsachen.“*

Abschließend betont Brugger: *„Der Tiroler Tourismus sichert Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensqualität in unseren Regionen. Dafür braucht es nicht einfache Parolen, sondern mit verantwortungsvollen Entscheidungen, einer starken Zusammenarbeit mit den Regionen und einem klaren Bekenntnis zu einem qualitätsvollen Tiroler Tourismus.“*





LTVP Dominik Mainusch | Tiroler Gemeindeinvestitionsfonds
Ein Mehrwert für die Gemeinden

Der **Vizepräsident des Tiroler Landtages und VP-Gemeindesprecher Dominik Mainusch** begrüßt den Landtagsbeschluss zur Erhöhung des Tiroler Gemeindeinvestitionsfonds und hebt den budgetären Mehrwert für die Gemeinden hervor.

„Der Gemeindeinvestitionsfonds hat sich in kürzester Zeit als echtes Erfolgsmodell bewährt. Bereits jetzt sind Darlehen in Höhe von 52 Millionen Euro bewilligt, die Investitionen von 155 Millionen Euro auslösen. Weitere 55,5 Millionen Euro werden derzeit geprüft. Damit können 2026 Investitionen von mehr als 330 Millionen Euro angestoßen werden – das ist für unsere Gemeinden ein enormer budgetärer Hebel“, so der Zillertaler Abgeordnete und Bürgermeister der Gemeinde Fügen.

„DER GEMEINDEINVESTITIONSFONDS HAT
SICH IN KÜRZESTER ZEIT ALS ECHTES
ERFOLGSMODELL BEWÄHRT – DAMIT WERDEN
2026 INVESTITIONEN VON MEHR ALS
330 MILLIONEN EURO ANGESTOSSEN!“



Profitieren würden davon zentrale Zukunftsprojekte vor Ort: vom Neubau eines Bildungszentrums für Pflegeberufe über neue Pflegeheime und Kindergärten bis hin zu Volksschulen und der kommunalen Trinkwasser- und Abwasserversorgung. *„Gerade in budgetär angespannten Zeiten ist es für Gemeinden entscheidend, dass sie wichtige Investitionen nicht aufschieben müssen, sondern jetzt umsetzen können. Durch den Fonds ermöglicht die Landesregierung unter LH Anton Mattle genau das – ohne dass die Gemeinden ihre Haushalte überstrapazieren“,* betont Mainusch.

Ursprünglich standen für 2026 100 Millionen Euro zur Verfügung. Aufgrund der großen Nachfrage wird der Fonds nun bereits heuer auf 150 Millionen Euro erhöht. *„Dass wir den Fonds schon im ersten Jahr aufstocken müssen, zeigt, wie groß der Investitionsbedarf und gleichzeitig das Vertrauen der Gemeinden in dieses Instrument ist. Wir stehen den Tiroler Gemeinden als verlässlicher Partner zur Seite, damit wichtige Projekte in Gesundheit, Pflege, Bildung und Infrastruktur nicht an fehlenden Mitteln scheitern“,* so Mainusch abschließend.



**LA Christoph Appler | Dienstzeitreform Tiroler Polizei****Keine finanziellen Nachteile für die Tirols Polizistinnen und Polizisten**

Der Tiroler Landtag hat auf Initiative der beiden Regierungsparteien Tiroler Volkspartei und SPÖ Tirol einen Dringlichkeitsantrag einstimmig beschlossen, mit dem die Tiroler Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die geplante Reform der Dienstzeiten im Exekutivdienst zu keinen finanziellen Nachteilen für die Polizistinnen und Polizisten in Tirol führt. Dabei sollen die Erkenntnisse aus dem laufenden Probebetrieb berücksichtigt werden.

„Unsere Exekutivbediensteten leisten tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit der Tiroler Bevölkerung. Sie übernehmen Verantwortung, stehen rund um die Uhr im Einsatz und sind oftmals besonderen Belastungen ausgesetzt. Deshalb ist klar: Eine Dienstzeit-Reform darf nicht dazu führen, dass jene, die für unsere Sicherheit sorgen, am Ende finanziell schlechter gestellt werden“, betont VP-Sicherheits Sprecher Christoph Appler.

Das vom Bundesministerium für Inneres angekündigte neue Dienstzeitmodell soll ab 2027 schrittweise österreichweit eingeführt werden. Ziel sei zwar eine bessere Planbarkeit sowie eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gleichzeitig werden aus den Reihen der Exekutive aber erhebliche Bedenken geäußert.

„WER FÜR UNSERE SICHERHEIT SORGT,
DARF DURCH EINE DIENSTZEITREFORM
NICHT SCHLECHTER GESTELLT WERDEN!“



„Viele Polizistinnen und Polizisten befürchten, dass der Wegfall der 24-Stunden-Dienste zu häufigeren Dienstantritten, mehr organisatorischem Aufwand und zusätzlichen Belastungen im Familienleben führen wird. Gleichzeitig besteht die Sorge, dass vermehrt Wochenenddienste geleistet werden müssen, ohne dass diese entsprechend abgegolten werden. Das darf nicht passieren“, erklärt Appler.



newsletter

Aktuelles aus dem Tiroler Landtag

**tiroler
volkspartei**
Landtagsklub



In Tirol sorgen mehr als 2.500 Exekutivbedienstete täglich für die Sicherheit der Bevölkerung. *„Gerade angesichts der steigenden Herausforderungen im Sicherheitsbereich brauchen wir motivierte Polizistinnen und Polizisten. Dazu gehören nicht nur gute Arbeitsbedingungen, sondern auch die Gewissheit, dass eine Reform nicht zu Einkommenseinbußen führt“*, so Appler.

Mit dem nunmehr vom Tiroler Landtag beschlossenen Antrag wird die Tiroler Landesregierung ersucht, gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die Reform der Dienstzeiten ohne finanzielle Nachteile für die Exekutivbediensteten umgesetzt wird. *„Die Tiroler Volkspartei steht klar an der Seite unserer Polizistinnen und Polizisten. Wer täglich Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes übernimmt, verdient Respekt, Wertschätzung und eine faire Entlohnung. Dafür setzen wir uns mit Nachdruck ein“*, so Appler abschließend.

Mehr Informationen zu aktuellen Themen findest du unter:
www.landtagsklub.at





LA Florian Riedl | Fahrradmitnahme in Bus & Bahn vereinfachen
Fahrradmitnahme im gesamten Verkehrsverbund Tirol einheitlicher gestalten

Der Tiroler Landtag hat am Donnerstagabend einstimmig einen Antrag der beiden Regierungsfractionen von Tiroler Volkspartei und SPÖ Tirol beschlossen, mit dem die Tiroler Landesregierung aufgefordert wird, die bestehenden Regelungen zur Fahrradmitnahme im öffentlichen Verkehr umfassend zu evaluieren und eine praxistaugliche, bedarfsgerechte sowie zukunftsorientierte Strategie für ganz Tirol zu erarbeiten.

„Das Fahrrad ist längst ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Mobilität. Wer Bus und Bahn mit dem Fahrrad kombiniert, soll auf ein einfaches, verständliches und verlässliches System vertrauen können. Genau hier wollen wir ansetzen und bestehende Regelungen weiter verbessern“, betont **VP-Verkehrssprecher Florian Riedl**.

Ziel des Landtagsbeschlusses ist es, die Fahrradmitnahme im gesamten Verkehrsverbund Tirol einfacher, transparenter und einheitlicher zu gestalten. Dabei sollen insbesondere unterschiedliche Tarifmodelle und Mitnahmebestimmungen überprüft und vereinheitlicht werden.

„MODERNE MOBILITÄT FUNKTIONIERT NUR
VERNETZT: WER MIT RAD, BUS UND BAHN
UNTERWEGS IST, MUSS SICH AUF KLARE UND
EINFACHE LÖSUNGEN VERLASSEN KÖNNEN!“



Derzeit unterscheiden sich Tarife und Regelungen je nach Verkehrsmittel und Anbieter teilweise erheblich. Das führt zu Unsicherheiten bei den Fahrgästen. Unser Ziel ist ein transparentes und leicht verständliches Angebot, das die Nutzung des öffentlichen Verkehrs noch attraktiver macht. Neben einer einheitlichen Tarifstruktur sollen auch klare Regelungen für die Fahrradmitnahme geschaffen werden. Dazu zählen unter anderem einheitliche Mitnahmebedingungen, ausreichende Kapazitäten sowie praktikable Lösungen für den Einsatz von Fahrradheckträgern oder Anhängern.





Ein weiterer Schwerpunkt des Antrags liegt auf der Entlastung der Fahrerinnen und Fahrer. *„Gerade in der Hauptsaison oder auf stark frequentierten Linien entstehen durch das Verladen von Fahrrädern oftmals Verzögerungen. Deshalb sollen auch betriebliche Erfordernisse stärker berücksichtigt werden – etwa durch ausreichende Verladezeiten im Fahrplan oder die Prüfung zusätzlicher Maßnahmen wie Fahrradhaltestellen oder zeitlicher Einschränkungen in Spitzenzeiten“*, erklärt Riedl.

Darüber hinaus sieht der Beschluss den weiteren Ausbau der Infrastruktur vor. Dazu gehören zusätzliche Radwege, moderne Radabstellanlagen sowie ergänzende Angebote wie Bike-Sharing-Systeme. *„Nur wenn die verschiedenen Verkehrsmittel optimal zusammenspielen, gelingt eine nachhaltige und klimafreundliche Mobilität. Das Fahrrad ist dabei ein zentraler Baustein der sogenannten intermodalen Mobilität“*, betonen die Verkehrssprecher von Tiroler VP und SPÖ Tirol.

Bei der Erarbeitung der neuen Strategie sollen Verkehrsunternehmen, Interessenvertretungen, Tourismusorganisationen sowie weitere betroffene Partner eng eingebunden werden.

„Mit diesem einstimmigen Landtagsbeschluss setzen wir ein klares Zeichen für einen modernen öffentlichen Verkehr und für eine bessere Verknüpfung von Bus, Bahn und Fahrrad. Davon profitieren Pendlerinnen und Pendler ebenso wie Familien, Freizeitsportler und Gäste unseres Landes“, so Riedl abschließend.

